gastbeitrag

Das Problem mit dem Bonus

HANSPETER WEIBEL

Der selbstständige Unternehmensberater hält fest, dass ein Bonussystem zwingend auch einen «Malus» vorsehen muss.

Wenn weder Betroffene noch Beteiligte so richtig verstehen, was es mit dem Bonussystem auf sich hat, dann zeigt dies, dass diese Form von Entlöhnung offenbar untauglich ist. Das heisst, sie taugt schon etwas: in einer Schönwetterperiode.

«MALUS» VERGESSEN. Offenbar kennt man in diesen Entlöhnungssystemen den Begriff «Malus» nicht. In der landläufigen Meinung wird ein Bonus dann ausbezahlt, wenn die Resultatvoraussetzungen auf Ebene Gesamtunternehmen, Abteilung etc. und letztendlich die Einzelleistung erfüllt sind. Ist die Gesamtleistung schlecht, aber die Einzelleistung gut, dann ist der Bonus aus dem Malustopf zu leisten. Andernfalls gibt es keinen Bonus oder gar einen Lohnabzug. Wer argumentiert, dass der 13. Monatslohn durch ein «Leistungssystem» ersetzt wurde, sollte beachten, dass für die Beurteilung der Jahreslohn im Vergleich entscheidend ist; in wie vielen Tranchen die Auszahlung erfolgt, ist unerheblich. In guten Zeiten den Bonus akzeptieren und in schlechten ebenfalls darauf zu bestehen (vertraglich zugesichert?), kommt schlecht an. Bonus ist eben auch eine Charakterfrage. Wer nur von Bonus spricht und unter «Malus» (als schlimmen Fall) nur den Entfall des Bonus versteht, hat die Bedeutung eines Bonus nicht verstanden. Die Erbringung einer normalen, vertraglich vereinbarten Arbeitsleistung sollte ja nicht schon eine Bonuszahlung auslösen.

Bonus ist auch eine Charakterfrage. Er kann nur in guten Zeiten gewährt werden, nicht aber in schlechten.

Diese ist für besondere, wertschöpfungsrelevante Zusatzleistungen vorgesehen. Und wenn ein Unternehmen seinen Kunden, Aktionären und schliesslich auch noch dem Staat Schaden zufügt, dann sind Diskussionen über allfällige Bonuszahlungen mehr als nur überflüssig. Denn der allenfalls an Einzelne berechtigterweise auszuzahlende Bonus müsste aus dem «Malustopf» finanziert werden. Dazu gehört auch die Rückzahlung von Boni, die in der Vergangenheit ungerechtfertigt ausbezahlt worden sind.

PROVISIONSSYSTEM. Davon zu unterscheiden sind Provisionssysteme, die einer direkten, persönlichen Verkaufsleistung zugeordnet werden können. In den meisten Provisionssystemen wird vorgesehen, dass ein Teil oder die ganze Provision zurückgefordert werden kann, wenn der Kunde den Vertrag kündigt und es wird ein Depot erstellt, so dass bei Austritt des Mitarbeiters noch während einer gewissen Frist solche Rückzahlungen belastet werden können. Die definitive Schlussabrechnung erfolgt daher zum Teil erst bis drei Jahre nach Austritt des Mitarbeitenden. Nur so werden Entlöhnungssysteme verstanden und akzeptiert. Aber vielleicht sind sie dann für gewisse Mitarbeitende nicht mehr attraktiv genug. Man möchte ja nicht eingestehen, dass man in einem Unternehmen arbeitet, dem es auch einmal schlechter gehen könnte. Oder im schlimmeren Fall, dass man an diesem schlechten Resultat sogar persönlich (aktiv oder passiv) beteiligt ist.

briefe

Eine bodenlose Blocher-Frechheit

Blocher vergleicht Ja-Sager mit Nazis; BaZ online 9.2.09

War es nicht die SVP, die bis vor Kurzem jeweils lauthals verkündet hat, dass das Volk immer recht habe? Offenbar gilt das nur dann, wenn sich Abstimmungsergebnisse mit SVP-Parolen decken. Abstimmende mit Nazi-Mitläufern gleichzusetzen ist eine bodenlose Frechheit. Was sagen andere Parteiexponenten dazu? Wer sich davon nicht distanziert, ist für solche Schweinereien mitverantwortlich.

FELIX WERNER,
EINWOHNERRAT LDP, RIEHEN

Egoistische Kurzsichtigkeit

Trotz aller von der SVP investierten Millionen haben immerhin rund 60 Prozent unserer schweizerischen Wählerschaft bewiesen, dass sie trotz Drohgebärden mit ach so bösen Krähen keine Angst bekunden, aufgefressen zu werden. Hingegen drohen die obersten Fanatiker der Partei schon mit neuen Vorstössen. Solches Verhalten zeugt von egoistischer Kurzsichtigkeit. Ab heute heisst die SVP für mich *S*chlechte *V*erlierer-*P*artei.

ERNST STIRNEMANN, OSTERMUNDIGEN

Bald wie die Piusbruderschaft...

Trotz grossem Aufwand der wohl bald nicht mehr grössten Partei des Landes setzte es für sie eine rechte Klatsche ab. Die Gründe für das Vergeigen der Abstimmung ist darin zu suchen, dass der grosse Oberjehudi vom Herrliberg immer nur vor seinen Manne und Frouwe predigte, allfällige andere Meinungen überging oder diskreditierte (siehe z. B. «Streitgespräch» mit Otto Ineichen in Sissach). Nun können das Sonnenmännlein aus dem Toggenburg und seine nächsten Trabanten offenbar nicht mit Anstand verlieren, sondern wollen, rechthaberisch wie sie sind, baldmöglichst eine «Volksinitiative» zum gleichen Kapitel lancieren. Dieser SVP-Klüngel kommt mir bald einmal vor wie die Piusbruderschaft. Beide glauben, dass nur ihre Richtung die alleinseligmachende ist und alles andere der Verdammnis anheimfällt.

HANS TH. SIEBER, OBERWIL

Obstruktion um jeden Preis

In der SVP rumort es; BaZ 10.2.09

Bei der Nachwahl in den Bundesrat vor zwei Monaten glaubten viele naive Politiker, man könnte die SVP von ihrer destruktiven, oft ehrverletzenden, Opposition abbringen und in eine konstruktive Regierungsarbeit einbinden. Weit gefehlt! Toni Brunner, SVP-Präsident und Landwirt im Toggenburg, kündigt bereits am Abstimmungssonntag an, dass die SVP das klare Ja zur Personenfreizügigkeit des Souveräns nicht anerkennt und mit einer Volksinitiative das EU-Rad zurückdrehen will. Die Frage sei erlaubt, ob er und die Geschäftsleitung (Ex-Bundesrat Dr. Christoph Blocher) wirklich nur das eine Ziel vor Augen haben: ein politisches Chaos in der Schweiz veranstalten? Obstruktion um jeden Preis. Das Wohl der Schweiz interessiert diese Leute gar nicht. Politischer Klamauk, salopp ausgedrückt: Die Sau durch die Schweiz treiben ist ihr Lebensziel. Als Landwirte kennen sich Blocher und Brunner mit Raben und Sauen aus.

PIERRE BOCION, STEIN AM RHEIN

An die Leserinnen und Leser der Basler Zeitung

Wir danken allen Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Leserbriefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Für den Inhalt der Leserbriefe sind die Verfasser verantwortlich. Bitte geben Sie Ihren vollständigen Namen, Ihre Adresse und die Telefonnummer für allfällige Rückfragen an. Leserbriefe erreichen uns am besten über das Internet-Formular:
http://verlag.baz.ch/leserbrief
oder per E-Mail: **leserbrief@baz.ch**
BaZ, Leserbriefe, 4002 Basel

leserfoto

Vogelkonferenz.

GENAU ZUHÖREN! Die Raben sind weg. Jetzt unterrichtet der Basilisk sehr intensiv die Tauben, wie sie den Frieden fördern können.

LESERFOTO ROLAND KUPPER, BASEL

Haben auch Sie ein interessantes Foto geschossen?

Senden Sie es an «leserbrief@baz.ch» (inkl. Bildunterschrift und Ihres Namens). Über die Auswahl der Fotos und deren Erscheinen in der Basler Zeitung wird keine Korrespondenz geführt.
Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

Rot-Grün hat sich verspekuliert

Grünliberale Not; BaZ 6.2.09

Die SP hat kurz vor der ersten Sitzung des Basler Grossen Rates ein neues Modell zur Verteilung der Kommissionssitze ins Spiel gebracht. Dieses Modell hat vorgesehen, dass die Grünliberalen vier Sitze an die SP und ans Grüne Bündnis verlieren. Dass die Grünliberalen diesem Vorschlag nicht zustimmen konnten, liegt auf der Hand. Mit einer Unterstützung der SVP hat das nichts zu tun, sondern einzig und allein damit, dass die Grünliberalen gerne ihre Politik im Parlament einbringen möchten. Unverständlicherweise haben SP und Grünes Bündnis zu keinem Zeitpunkt versucht, das Gespräch mit den Grünliberalen zu suchen und damit, im Parlament und in den Kommissionen eine solide linksliberale Mehrheit zu schaffen. Nun stehen die beiden Parteien vor dem selbst verursachten Scherbenhaufen. Es bleibt zu hoffen, dass SP und Grünes Bündnis die Lehren aus diesem Debakel ziehen und in Zukunft auf die Grünliberalen zugehen, anstatt diese ausgrenzen zu wollen. Die Grünliberalen auf jeden Fall waren und sind offen für einen konstruktiven Dialog.

THOMAS MARTI, VORSTAND
GRÜNLIBERALE BASEL UND RIEHEN

Das grüne Gesicht verloren

Eigentlich haben die Basler und Baslerinnen die Grünliberale Partei (GLP) als Umweltpartei gewählt, aber es dauerte nicht lange, bis die Wähler und Wählerinnen erfahren haben, dass diese Partei weder grün noch liberal ist. Schon an der ersten Grossratssitzung hat sie ihr grünes Gesicht verloren. Bei den Kommissionswahlen haben Mitglieder dieser Partei nicht für die Umwelt gestimmt. Sonst hätten sie nicht einen unerfahrenen SVP-Vertreter auf Kosten eines engagierten und erfahrenen Grossratmitglieds vom Grünen Bündnis in die Kommission Umwelt, Verkehr und Energie gewählt. Dadurch haben sie ihren grünen Ballon schon platzen lassen. Schade für das Vertrauen der umweltfreundlichen Wählerinnen und Wähler dieser Partei.

ATILLA TOPTAS, SP-GROSSRAT, BASEL

Die SP Basel hat ein Problem

Es ist schon eigenartig: Bis zum 4. Februar haben die Grünliberalen für die SP und das Grüne Bündnis nicht existiert. Ein Beispiel: Die SP verteilt am Morgen der ersten Grossratssitzung an alle Fraktionen ihre Forderungen bezüglich Richterwahlen, ausser an die GLP. Am gleichen Tag wird über den Kommissionsschlüssel abgestimmt. Die GLP setzt sich für den bisherigen Schlüssel ein, der ihr neun statt nur fünf Sitze bringt. Das ist völlig legitim. Nur so kann sie sich für eine ökologisch ausgerichtete Politik in allen Kommissionen einsetzen. Dass SP-Grossräte nun böse Leserbriefe schreiben, zeigt immerhin, dass die SP die Existenz der GLP inzwischen wahrnimmt. Noch besser wäre, statt über die GLP herzuziehen, auch einmal mit ihr zu reden.

STEFAN KAISTER,
VIZEPRÄSIDENT GRÜNLIBERALE BS

Unfair gespielt, schlecht verloren

Die Grünliberalen BS in einen «bürgerlichen» oder «linken» Topf werfen zu wollen ist verfehlt und widerspricht jeder Sachlichkeit. Indes unsportlich erscheint es mir, die Regeln während des Spiels nach eigenem Gutdünken frisieren zu wollen. Dieses inkorrekte und falsche Vorgehen wurde durch die Grünliberalen folgerichtig nicht unterstützt. Exponenten der SP und Grünen zeigen sich nun leider als enttäuschend schlechte Verlierer.

RAPHAEL GULDIMANN, BASEL

Wahlen sind gar nicht abgeschlossen

Leserbrief: Die Wundertüte hat sich schnell geöffnet; BaZ 9.2.09

Nun reichts aber langsam. Ein Herr Baumann behauptet in der BaZ, die Grünliberalen hätten «zwei SVP-Vertreter in der Umweltkommission zwei Grünen vorgezogen». Die Aussage ist falsch: Die Kommissionswahlen in die Umweltkommission sind noch gar nicht abgeschlossen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein Grüner gewählt wird und sogar noch möglich, dass zwei Grüne gewählt werden! Der politische Rufmord gegen die Grünliberalen nimmt langsam bizarre Formen an.

EVA MARIA HODEL, VIZEPRÄSIDENTIN
GRÜNLIBERALE PARTEI BASEL-STADT

Nicht gegen Basels Jugend

Zwei klare Entscheide gegen Basels Jugend; BaZ 9.2.09

Die beiden Abstimmungsvorlagen können nicht gleichgesetzt werden: In einem Fall geht es um die Wegweisung von Kriminellen (nicht nur Jugendlichen!) und im anderen um eine Wahlrechtsfrage Jugendlicher, die mit kriminellen Machenschaften rein gar nichts zu tun hat. Auch ist die Interpretation, dass dies mit einem «negativen Bild der Jugendlichen bei der älteren Generation» zu tun habe, falsch, da die Jugendlichen viele Möglichkeiten haben, sich politisch zu betätigen, und dies auch in der Gesellschaft geschätzt wird. Die BaZ schreibt zu Recht, dass die Wegweisung ein «notwendiges Übel» sei – und die Lust auf eine politische Mitbestimmung an der Urne von unter 18-Jährigen wurde auch in einer BaZ-Umfrage von einer Mehrheit negativ beurteilt. Die äusserst klare Mehrheit von über 70 Prozent Stimmen für eine Wegweisung und gegen ein Wahlrecht unter 18 Jahren sind somit unabhängig voneinander begründbar.

HEINER VISCHER, GROSSRAT, BASEL

Jeden Tag die BaZ im Briefkasten.

Senden Sie mir bitte die Basler Zeitung nach Hause.

❑ 4 Wochen lang gratis zur Probe

❑ 4 Wochen lang gratis und ein Jahr für nur Fr. 368.–

(Angebote gültig bis 30.6. 2009, in der Schweiz und im Grenzgebiet Basel. Abopreis inkl. 2,4% MWSt.)

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon:

Bitte einsenden an:
Basler Zeitung, Abonnemente, Postfach, 4002 Basel

Messstreifen zur Überprüfung der Druckqualität v. 290 1.2 quality&more